



Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Kabinettsbericht: Mehr Frauen in Führungspositionen der Landesverwaltung, Ziel der Geschlechterparität noch nicht erreicht

Mit dem „Führungskräftemonitoring 2025“ hat das Gleichstellungsministerium eine aktuelle Bestandsaufnahme zur Geschlechterverteilung in Führungsfunktionen der Landesverwaltung, an Schulen und Hochschulen vorgelegt. Die Ergebnisse zeigen insgesamt eine langfristig positive Entwicklung des Frauenanteils in gehobenen Führungsfunktionen der Landesverwaltung. Seit Beginn der Erhebung im Jahr 2012 stieg der Frauenanteil (ohne Berücksichtigung der Schulleitungen) von 31,2 Prozent auf 43,8 Prozent im Jahr 2025.

Gleichstellungsministerin Petra Grimm-Benne: „Seit Beginn der Wahlperiode konnten wir den Frauenanteil in gehobenen Führungsfunktionen der Landesverwaltung kontinuierlich steigern. Das zeigt, dass unsere Maßnahmen wirken. Zugleich macht das Monitoring deutlich, dass wir unser Ziel einer geschlechterparitätischen Besetzung noch nicht erreicht haben. Deshalb werden wir den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen.“

Zum Stichtag 31. Dezember 2025 zeigen sich zwischen den einzelnen Führungsebenen und Verwaltungsbereichen weiterhin Unterschiede in der Geschlechterverteilung. So wurde auf der Ebene der Abteilungsleitungen in den Ministerien und der Staatskanzlei mit einem Frauenanteil von 55,9 Prozent bereits eine geschlechterparitätische Besetzung erreicht. Der Frauenanteil bei den Amts- und Behördenleitungen der nachgeordneten Behörden lag zum Stichtag 31. Dezember 2025 hingegen bei 34,4 Prozent.

„Unser Ziel bleibt eine geschlechtergerechte Besetzung von Führungspositionen in der Landesverwaltung. Wir brauchen mehr weibliche Vorbilder in Führungspositionen, die zeigen, dass Kompetenz und Durchsetzungsvermögen keine Frage des Geschlechts sind“, erklärt Ministerin Grimm-Benne. Die Landesregierung setze deshalb weiter auf gezielte Fördermaßnahmen: transparente Karrierewege, aktive Nachwuchsförderung, Mentoring-Angebote und eine gute Vereinbarkeit von Familie und Führungsverantwortung. „Wir brauchen eine moderne Personalpolitik, die Gleichstellung nicht nur fordert, sondern auch konsequent umsetzt“, so Grimm-Benne abschließend.

Begriffsklärung

Die Daten beziehen sich auf Führungspositionen der Landesverwaltung, zu der die Staatskanzlei, die Ministerien und ihre Geschäftsbereiche gehören. Als Führungskräfte gelten Besoldungs- bzw. vergleichbare Entgeltgruppen von A 13 Laufbahngruppe 2/2, Einstiegsamt bis B 6. Politische Funktionen wie Ministerinnen, Staatssekretärinnen, Leiterinnen von Ministerinnen- / Ministerbüros und Pressesprecherinnen werden nicht erfasst.